Änderungsantrag

(zu Drs. 16/3514, 16/3530, 16/3533 und 16/3758)

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 27.06.2011

- a) **25 Jahre Tschernobyl, Fukushima heute: Niedersächsische Atomkraftwerke „abschalten“, erneuerbare Energien und Energieeffizienz „einschalten“**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3514

- b) **Die Zeitenwende vom 11. März 2011 - Die Lehren aus der Katastrophe von Fukushima ziehen: Vorrang für Sicherheit - Schnellstmöglicher Atomausstieg!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3530

- c) **Sozialverträglicher Umbau der Energiewirtschaft: „Bezahlbar, sicher, nachhaltig“**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/3533

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/3758

Der Landtag wolle die Anträge in folgender Fassung beschließen:

Entschließung

Rationale Energiepolitik mit Augenmaß: Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022

Die Katastrophe von Fukushima ist eine fürchterliche Tragödie für Mensch und Natur, die für lange Zeit die humanitäre und technische Unterstützung der Weltgemeinschaft erfordert. Unser Mitgefühl gilt allen Opfern und Betroffenen.

In der Folge der schrecklichen Ereignisse in Japan hat die Bundesregierung Anfang Juni 2011 ein umfangreiches Energiepaket zur beschleunigten Energiewende vorgelegt. Darin wird der schnellere Ausstieg aus der Kernenergie festgelegt und ein festes Datum für das Ende der Kernkraft bestimmt. Dieses Energiepaket hat der Deutsche Bundesrat in seiner Stellungnahme am 17. Juni 2011 grundsätzlich begrüßt.

Bestandteil dieses Energiepaketes ist u. a., dass die im Zuge des nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima verhängten Moratoriums vom Netz genommenen Kernkraftwerke nicht wieder angefahren werden. In Niedersachsen ist das Kernkraftwerk Unterweser von dieser Regelung betroffen. Die anderen beiden Kraftwerke Grohnde und Emsland werden stufenweise bis zum Jahr 2022 abgeschaltet. Der Landtag ist sich darüber einig, dass die genannten Energiestandorte in Niedersachsen erhalten und die notwendigen Umbaumaßnahmen an den Kraftwerksstandorten sozialverträglich erfolgen sollen.

Der Landtag bittet vor diesem Hintergrund die Landesregierung, den in dem Energiepaket der Bundesregierung enthaltenen stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie bis spätestens zum Ende des Jahres 2022 zu unterstützen!

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 28.06.2011)